



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Tarifliche Schwierigkeiten. (II.) — Tarifabschluß in Nordhausen. — Unsere Pflichten. — Fenilleton: Ueber Immunität. (Wochenrückimpfung, Schluß.) — Korrespondenzen (Gau VI, Berlin, Mainz, Straßburg i. El., Wiesbaden). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. **Beilage:** Kassenbericht vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1912.

Für die Woche vom 26. Januar bis 1. Februar 1913 ist die Beitragsmarke in das mit 5 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Zur Beachtung!

Die Kollegenschaft in Karlsruhe i. B. befindet sich infolge beharrlicher Weigerung der Prinzipale, in Tarifverhandlungen einzutreten, schon die dreizehnte Woche im Auslande.

Sämtliche Karlsruher Buchdruckereien sind daher für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt! Zugang von Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen ist strengstens fernzuhalten!

Auf der Reise befindliche Kollegen erhalten in Karlsruhe bis auf weiteres keine Unterstützung.

Der Verbandsvorstand.

J. U.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Tarifliche Schwierigkeiten.

II.

Zum Beweise, daß es lediglich die Leitung unseres Verbandes ist, die mit dem derzeitigen tariflosen Zustande in Leipzig nicht zufrieden ist, wird in dem in unserer vorigen Nummer zum Teil wiedergegebenen „Zeitschrift“-Artikel die am 1. Dezember vorigen Jahres abgehaltene Mitgliederversammlung angezogen. Der Artikel-schreiber empfand scheinbar eine kindische Freude über die ziemlich belanglose Tatsache, daß die in jener Versammlung angenommene Resolution in unserem Bericht nicht vollständig zum Ausdruck gelangte und in „derart verträglichem Zustande“ auch vom „Korrespondent“ abgedruckt wurde. Wir können dem Herrn das billige Vergnügen gönnen, zeigt es doch, von welcher großen Gesichtspunkten ausgehend mancher Prinzipal solchen ernstlichen Fragen gegenübertritt. Würden wir nicht schon an dem fein säuberlichen Stil den Verfasser erkaunt haben, durch diese Kleinlichkeit hätte er sich ohnehin verraten. Es gibt eben Menschen, die nicht aus ihrer Haut heraus können und:

Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, Wir kennen auch den Herrn Verfasser.

Es kann uns aber zur Genugtuung gereichen, daß das ganze beabsichtigte „niedriger hängen“ jener Resolution lediglich darin besteht, daß sie

sowohl wie auch die Versammlung selbst als ein „Verlegenheitsprodukt“ bezeichnet werden. Sonderbar mutet es nur an, warum man solchen „Verlegenheitsprodukten“ eine derartige Bedeutung beimißt. Ob da nicht eine gewisse Angst vor dem eigenen Mute eine ziemliche Rolle spielt? Bekanntlich singen und pfeifen ängstliche Naturen recht laut, wenn sie im Dunkeln allein sind und in einem solchen Dunkel fühlt sich auch der Artikel-schreiber durch den Umstand, daß unser Hauptvorstand sich noch nicht an den Vorstand des Vereines Leipziger Buchdruckereibesitzer gewendet hat. Er versucht daher, dies als praktisch ganz belanglos hinzustellen, weil die Buchdruckereibesitzer nichts ohne die Stein-, Licht- und Notenbrüder in der Hilfsarbeiter-Angelegenheit unternehmen und die zwischen den Prinzipalen getroffenen Abmachungen derart sind, „daß die Gewißheit besteht“, den einseitigen Tarif, der sich für die Prinzipale natürlich so gut bewährt hat, „aufrecht zu erhalten“.

Wenn nun wirklich unsere Kollegenschaft in Leipzig so zufrieden wäre mit dem derzeitigen Zustand, die Organisationsleitung demnach im selben Maße kaltgestellt wäre und zu Verlegenheitsversammlungen und -Resolutionen ihre Zuzucht nehmen müßte, warum dann solche Drohungen? Auf den Kenner der Verhältnisse verstehen sie doch ihre Wirkung vollständig, sie können höchstens nur noch dazu dienen, jenen wenigen, die vielleicht an die loyal erscheinenden Äußerungen und Handlungen der Leipziger Prinzipale noch glauben, die Augen über deren wahre Absichten ganz zu öffnen. Welcher Art diese sind, darüber herrschte bei uns nie Zweifel; aber wenn wir es nicht gewußt hätten — der Artikel würde es in aller Klarheit und Deutlichkeit gesagt haben. Es ist die Beseitigung der Hilfsarbeiterorganisation und ihres Einflusses auf die Verhältnisse unserer Kollegenschaft, was die Prinzipale erstreben! Wie anders soll man den Satz verstehen, der da sagt: „Die Tarifgemeinschaft wurde in offenkundigster und rücksichtslosester Weise zum Vorwande für die Ausbreitung der Hilfsarbeiterorganisation benutzt.“ Diese Behauptung selbst ist an sich Unsinn, denn ohne die schon vorher bestandene Ausbreitung der Organisation wäre ja der Abschluß des ersten Tarifes überhaupt nicht denkbar. Aber interessant ist die Feststellung der Tatsache, mit welcher biederehrlichen Absicht damals die Prinzipale an die Schaffung des Tarifes herangingen. Die Organisation war ihnen von jeher ein Dorn im Auge und so glaubten sie, mit dem fünf-jährigen Tarife, den sie abgeschlossen, die Hilfsarbeiter-schaft zu überzeugen, daß es auch ohne Organisation gehe. Sie rechneten mit einer gewissen Kurzsichtigkeit, die nicht über eine Zeitspanne von fünf Jahren hinauszublicken erlaubt, aber sie haben sich dabei gründlich verrechnet. Die Kampflosigkeit innerhalb der Tarifperiode hat die erhoffte Erschlaffung unter der Hilfsarbeiterschaft nicht gezeitigt, der Organisationsgedanke ist nicht nur nicht zurückgegangen, sondern er hat sich immer mehr gefestigt. Das haben wir aber nicht

allein der Wachsamkeit der Organisation selbst, sondern so mancher edlen Seele im Prinzipals-lager zu verdanken, deren Krämerverstand es nicht fassen konnte, daß sie innerhalb der tariflichen Zeit dem gewollten Zweck auch gewisse Pflichten opfern mußte. Dieser Umstand war es, der der Kollegenschaft bei der Wahrnehmung tariflicher Rechte die Organisation noch unentbehrlicher machte. Und so gab es keinen Stillstand, sondern fortgesetzte Entwicklung. Anstatt sich auf den einzig richtigen und vernünftigen Standpunkt zu stellen, daß nur starke Organisationen auf beiden Seiten eine Gewähr für die Aufrechterhaltung und Durchführung von Tarifgemeinschaften geben können, verfolgten die Leipziger Prinzipale die entgegengesetzte Tendenz, indem sie systematisch auf die Schwächung der Arbeiterorganisation hinarbeiteten. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben und nun wird die Laktik geändert. Mit welchem Erfolge, das wird die Zukunft lehren. Zu einer Errungenschaft aber möchten wir den Herren Scharfmachern im Gewerbe, denen vom Arbeitgeberverbande, bei dieser Gelegenheit gratulieren: Der Artikel in der „Zeitschrift“ zeigt Schule. So, wie von jener Seite der Buchdruckertarif mit der ständigen Verbächtigung bekämpft wird, er fördere und begünstige den „sozialdemokratischen“ Buch-druckerverband, so wird mit denselben Mitteln gegen unsere Tarife in der „Zeitschrift“ gewirkt. Wenn auch noch nicht der öde rote Lappen geschwungen wird, sonst aber — wie er sich räuspert und wie er puckt! —

Diese längere Abschweifung von dem eigentlichen Thema, das wir in unseren Artikeln zu behandeln haben, war notwendig, um der Kollegenschaft an den eigenen Auslassungen der Prinzipal-ität zu zeigen, welche Anschauungen in deren Reihen herrschen und propagiert werden.

Tarifabschluß in Nordhausen.

Zwischen der Genossenschaftsdruckerei für Nordhausen und Umgebend einerseits und dem Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Nordhausen, andererseits, ist folgender Tarifvertrag abgeschlossen worden:

1. Die Arbeitszeit richtet sich nach dem Buch-druckertarif.
2. An Lohn zahlt die Firma für perfekte Arbeiterinnen: Im ersten Jahr 10 Mk., im zweiten Jahr 11 Mk., nach vier Jahren 12 Mk. pro Woche. Als perfekte Arbeiterinnen gelten solche, die eine 13 wöchentliche Lehrzeit absolviert haben.
3. Für die zu leistenden Ueberstunden sind pro Stunde zu vergüten: Bis zu 11 Mk. Wochenlohn, außer der Stunde von 6-7 Uhr morgens, 25 Pf.; für die Stunde von 6-7 Uhr morgens 30 Pf. Für Beschäftigte, die über 11 Mk. Lohn erhalten, tritt eine Erhöhung von 5 Pf., also 30 und 35 Pf. pro Stunde, ein.
4. Die Ferien unterliegen der freien Vereinbarung und richten sich nach den Abmachungen mit der Buchdruckerorganisation.
5. Der Tarif ist auf die Dauer von 4 Jahren abgeschlossen. Streitigkeiten, die sich aus dem

Larifverträge ergeben sollten, werden gemeinschaftlich zwischen der Geschäftsleitung und der Ortsverwaltung der vertragsschließenden Organisation geregelt.

6. Neueingestellte sollen 17 Jahre alt und Verbandsmitglieder sein.

Die Firma Oskar Ebert in Nordhausen hat auf die Intervention unserer Ortsverwaltung hin ihrem Hilfspersonal eine wöchentliche Zulage von 50 Pf. bewilligt.

Unsere Pflichten.

Die Größe unserer Aufgaben wird zwar theoretisch meistens klar erkannt, in der Tat aber häufig nicht danach gehandelt. Hieraus muß immer erneut hingewiesen und eine entsprechende Erziehungs- und Agitationsarbeit unter den Mitgliedern betrieben werden. Unseren Aufgaben ist doch nicht etwa damit genügt, daß wir Beiträge bezahlen, die „Soli“ lesen und die Versammlungen regelmäßig besuchen, obgleich auch gerade in diesen Punkten vieles zu wünschen übrig bleibt. Dieses sind zwar notwendige aber rein äußerliche Merkmale der Mitgliedszugehörigkeit, weiter nichts, die man auch in jeder anderen ideallosen Vereinigung findet und womit man zunächst nur den Schein erweckt, auf gewerkschaftlichem Gebiete alles das zu erstreben, was unser Programm einfach verlangt. Die Hauptsache, worauf es ankommt, das ist die Auffassung und geistige Vertiefung unserer Mitglieder in unsere Ideen und deren Betätigung, das Eintreten für die Sache sowie die Bewahrung und Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens, die Tat, die der Gesinnung entspricht, mit anderen Worten: die Erziehung überzeugter, sozial- und solidarisch-benutzender Gewerkschaftler.

Es gibt unter uns intelligente Mitglieder genug, die jederzeit für die Verbands-Interessen eintreten und deren Ausbreitung erstreben, diesen vorbildlichen Idealismus sollten aber alle Mitglieder, soweit sie dazu veranlagt sind, sich als Richtschnur gelten lassen. Eine rege Agitation wird nicht ohne Einfluß bleiben und Schritt für Schritt auch Erfolge haben. Wer nur gleichgültig seine Beiträge bezahlt oder nur, um gelegentlich einen wenn auch berechtigten Unterstützungs-Anspruch daraus herleiten zu können, dabei aber nicht das Bewußtsein in sich trägt, einer für unsere Existenz notwendigen Institution anzugehören und wer sich nicht bemüht, für diese Bewegung zu werben und die richtige Gesinnung dafür zu verbreiten, der gleicht einem Menschen, der zwar äußerlich sich zu einer Partei oder Religion be-

kennt, aber im übrigen zuseht, wie seine Lehre und Ziele bekämpft oder falsch gedeutet werden.

Wer eine Zeitung abonniert, sie aber nicht liest oder das Gelesene nicht richtig aufsaugt und nicht verständnisvoll die Lehren, Winke und Borkommissse für sich verwertet bzw. daraus sein Wissen erweitert, kann sich das Geld dafür ruhig sparen. Unser Gewerkschaftsorgan, welches jedem Mitgliede unentgeltlich zugestellt wird, sollte aber besser gewürdigt werden und jeder Kollege und jede Kollegin mühte sich bemühen, das Gelesene für sich und andere fruchtbar anzutwenden. Wer das unterläßt, unterstützt zwar das Mittel, trägt aber nichts zur Erreichung des Zweckes und unserer Ziele bei. Wenn ich Versammlungen besuche, um mich auch einmal sehen zu lassen oder mit den Kollegen zu unterhalten oder in der Meinung, dem Vorstand bzw. der Verwaltung durch mein Erscheinen einen Gefallen zu tun, so erfülle ich zwar eine gewisse Pflicht, aber weiter nichts. Die Hauptsache des Versammlungsbefuches ist doch jedenfalls die, daß man inneren Anteil nimmt an den geistigen Darbietungen oder Vorträgen und auch gelegentlich einmal in der Diskussion seine persönliche Meinung äußert. Tue ich das nicht, so füllt meine Person zwar das Lokal mit aus, aber mein geistiges Leben oder Wissen, das auch auf andere anregend wirken soll, tritt nicht hervor und der Besuch ist demnach zwecklos. Gerade hinsichtlich des Versammlungsbefuches und des Zeitunglesens kommen die meisten Pflichtvernachlässigungen vor. Kein Vortrag wird gehalten um tauber Ohren willen, keine Zeitung wird geschrieben um geistig interessierter Leser willen und keine Verwaltung wird eine Versammlung ohne auffälliger oder erzieherischer Zwecke willen einberufen.

Nun sind natürlich nicht alle Mitglieder entsprechend veranlagt, um erfolgreiche Agitations- und Aufklärungsarbeit zu leisten, aber viele könnten, wenn der gute Wille und das nötige Interesse vorhanden wäre, sicherlich mehr tun. Wer nicht durch Wort und Rede unsere Ideen den Hörern zu predigen vermag, kann aber trotzdem als stiller Agitator erspriechlich wirken und Mitglieder gewinnen. Auch wer sonst geistig befähigt und schreibgewandt ist, findet Gelegenheiten, sich für unsere Sache zu betätigen. Es wird niemand gleich als formvollendeter Redner auftreten können und das wird, wenn wir unter uns sind, auch gar nicht verlangt. Nur lernen und wagen, schließlich glückt der Versuch doch. In manchen Menschen schlummern Kräfte, die der glückliche Besitzer nicht einmal kennt und sie werden nicht geweckt, weil der Betreffende in schiefer Weise nicht aus sich herausgehen kann. Niemand sollte

sich teilnahms- und tätigkeitslos zeigen, sondern jedes Mitglied nach seiner Art sich als Helfer und Förderer unserer Bestrebungen jederzeit beflüssigen. Meroritz sollte man darauf bedacht sein, eine Anzahl Mitglieder heranzubilden, die mit vollem Ernst und dauerndem Interesse den Gewerkschaftsgedanken propagieren und fruchtbringende Mitarbeit leisten können. Andernteils muß schon deshalb für Nachwuchs gesorgt werden, damit die verhältnismäßig geringen hierfür zur Verfügung stehenden Kräfte entlastet und gegebenenfalls auch ersetzt werden können. Klar und unentwegt müssen wir unseren Zielen entgegensteuern, als festgefügte Masse nach außen hin dastehen, so daß unsere Haltung als achtunggebietende Macht in die Wagschale geworfen werden kann, wenn uns Gefahr droht. Nicht nur die Zahl macht es, sondern auch die Kraft und der Geist, welcher der Masse innewohnt, nicht allein die Quantität, sondern auch die Qualität. Wohl macht es auch nicht die Summe der Beiträge, die wir aufbringen, jedoch gehören sie zum sicheren Bestande einer geordneten geschäftlichen Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung.

Wer unserer Unterstützung bedarf, der kann sie haben, er beweise aber auch, daß er mit der seinigen in gewissem Sinne auch der unseren dient, damit unsere Verpflichtungen dem Verband und dessen Einrichtungen gegenüber nicht darunter leiden. Die Größe unserer Aufgaben wird erst dann erfüllt, wenn jedes Mitglied seinen Verpflichtungen so nachkommt, wie es die Satzungen des Statuts verlangen. Weiben alle Angehörigen des Verbandes diesem Vorfatze stets eingedenk, dann wird und muß eine Organisation gedeihen und kann um so mehr als dauerndes Fundament den Zwecken dienen, zu denen sie geschaffen ist. M. S.

Korrespondenzen.

Gau VI. Am 19. Januar fand in Raumburg ein außerordentlicher Gaugtag des Gau VI statt, der in Verfolg der letzten Gauleiterkonferenz einberufen wurde. Vertreten waren die zum Gau gehörigen Drie Leipzig, Grimmitzschau, Rudolstadt, Raumburg, Saalfeld, Altenburg, Halle, Sora, Erfurt und Gotha. Vom Verbandsvorstand waren die Kollegin Thiede und Kollege Bucher anwesend. Der Gauleiter Kollege Schulze-Leipzig gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes und besprach die derzeitige organisatorische und tarifliche Situation. Es kann die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß es an verschiedenen Orten durch den Einfluß der Organisation gelungen ist, eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse

Heber Immunität.

Von Dr. G. Wolff.

I. Die Pockenimpfung.

(Schluß.)

Wenn auch die Verbreitung der Pocken damit gehindert wurde, so wurden doch mit Recht Stimmen laut, die gegen diese Art der Impfung protestierten. Es war nämlich gar nicht so selten vorgekommen, daß den Impfungen gleichzeitig mit der Immunität gegen Pocken eine andere Krankheit übertragen wurde. Dies war in mehreren Fällen eingetreten, in denen das Individuum, dem Lymphy zum Zwecke der Weiterimpfung entnommen war, eine andere ansteckende Krankheit, zum Beispiel Tuberkulose oder Syphilis, hatte und nun diese Krankheit mit seiner Lymphy auf fremde Kinder übertrug. So hatten die Geimpften zwar Immunität gegen Pocken, aber als Danaergeschenk eine andere Infektionskrankheit erhalten. Diesen schweren Mischlande, dem nicht zum mindesten die Impfgener ihre Nahrung entzogen, wurde endgültig erst abgeholfen, seitdem ausschließlich zur Impfung animale Lymphy benutzt wird. In besonderen Lymphanfalten wird diese tierische Lymphy von jungen Kälbern gewonnen, die künstlich mit Pockengift geimpft sind, in ähnlicher Weise wie die Menschen. Aus den angegangenen Pusteln wird einige Tage nach der Impfung der Inhalt entleert und in besonderer Weise zu

Lymphy verarbeitet. Da bei der Auswahl der Tiere größte Sorgfalt herrscht, ist es heute tatsächlich ausgeschlossen, daß mit der Lymphy irgendein Schaden angerichtet werden kann. Natürlich hat der Staat, wenn er seine Angehörigen zur Impfung zwingt, die Pflicht, dafür zu sorgen, daß alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung unerwünschter Nebenwirkungen getroffen werden. Mit Lymphy aus Menschenpocken zu impfen, ist heute im allgemeinen überhaupt nicht mehr gestattet.

Einige Zahlen der Statistik vermögen am besten die Wirksamkeit der Schutzimpfung darzulegen. Schon im Jahre 1835 bestand in einigen Ländern Impfpflicht; Wiederimpfung besteht im Deutschen Reich aber erst seit dem 8. April 1874. Der Einfluß dieser Bestimmung läßt sich deutlich aus der Statistik erkennen. Im Jahre 1865 war die Pockensterblichkeit, berechnet auf je 100 000 Einwohner, in Preußen 43,8; im Jahre 1871: 24,2; 1872: 26,4; 1873 fiel sie wieder auf 35,6. Im folgenden Jahre wurde der Wiederimpfpflicht eingeführt, und schon im unmittelbaren Anschluß daran machte sich der wohlthätige Einfluß dieser Gesetzbestimmung geltend, indem die Pockensterblichkeit auf 9,5 herabsank. In den folgenden Jahren verminderte sie sich immer mehr, dank den mit aller Strenge durchgeführten Impfbestimmungen, und betrug in den letzten Jahren des verfloffenen Jahrhunderts nur noch 0,1 bis 0,3 für 100 000 Einwohner. Das heißt, von einer Million Menschen starben kaum 1 bis 3 an schwarzen Pocken, einer Krankheit, die früher

epidemisch aufgetreten war und Hunderte und Tausende von Opfern gefordert hatte, so wie es noch heute der Fall ist in den Ländern, in denen keine Maßnahmen gegen die verderbliche Seuche getroffen werden. Einen größeren praktischen Erfolg hat die Heilfunde kaum je zu verzeichnen gehabt.

Zur Erklärung der Schutzwirkung, die die Impfung hervorruft, wollen wir nach dem modernen Stand der Immunitätslehre ein paar Worte hinzusetzen. Man unterscheidet zwei Arten von Immunisierungen, eine aktive und eine passive. Zur Erzielung einer aktiven Immunisierung wird der Krankheitserreger bzw. das Krankheitsgift (das Toxin) selbst in den Körper dessen, der immunisiert werden soll, gebracht. Der geimpfte Körper hat alsdann selbst die Aufgabe, zur Vernichtung der körperfremden, krankheitserregenden Stoffe, Gegengifte zu bilden. Ein Beispiel für die aktive Immunisierung ist die Pockenimpfung; hierbei werden dem Organismus die krankheitsstoffe in abgeschwächter Form einverleibt. Er muß nun aus eigener Kraft Abwehrstoffe bilden und liefert dabei eine so reichliche Menge, daß noch für viele Jahre hin- und her sein Blut damit erfüllt ist, d. h. Pockenimmunität besitzt.

Durchaus verschieden davon ist die passive Immunisierung. Hierbei werden dem Körper nicht die Krankheitsstoffe selbst, nicht die Toxine einverleibt, sondern von vornherein die Antitoxine, die spezifischen Gegengifte. Es bleibt dem Körper also die Arbeit erspart, selbst die Gegen-

durchzuführen. Kollegin Thiede machte Mitteilungen über den Stand der Tarifbewegung und über die nächsten Aufgaben der Organisation, die ihr gestellt sind. In einer sehr ausgiebigen Diskussion, an der sich fast sämtliche Zahlstellenvertreter beteiligten, wurde ein ausführliches Bild von dem Stande der Organisation gegeben, der als ein befriedigender gelten kann, wenn auch an manchen Orten noch größere Schwierigkeiten auf agitatorischem Gebiete zu überwinden sind. Der schriftlich vorgelegte und vom Kollegen Wolken-Leipzig ergänzte Bericht über den Stand der Gautafse verzeichnet eine Einnahme von 529,05 Mk. (inkl. des am 25. Januar 1912 vorhandenen Bestandes von 293,20 Mk.), der eine Ausgabe von 182,60 Mk. gegenübersteht. Der Kassenbestand beläuft sich demnach zurzeit auf 346,45 Mk. Nach Erledigung verschiedener Anfragen und der Festsetzung der Tageselder für die Delegierten wurde der Gautag nach fünfjähriger Dauer geschlossen. Als Ort für die nächste Tagung wurde Erfurt bestimmt.

Berlin. Mitgliederversammlung am 5. Januar. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Kollege Gloth begrüßt die Versammlung mit den besten Glückwünschen zum neuen Jahre und hofft, daß sich die Kollegenschaft im neuen Jahre recht regen an der Arbeit der Organisation beteiligen. Das Protokoll vom 4. Dezember 1912 wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende gibt dann den Tod der Kollegen Richterfeld und Reuter bekannt, deren Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrt. Weiter teilte Kollege Gloth mit, daß am 22. Dezember 1912 wieder einmal versucht wurde, in unserem Bureau und Kassenraum einzubrechen, dieses sei aber nicht gelungen, da der Einbrecher gestört wurde; man sei diesem auch auf der Spur. Zur Weihnachtsunterstützung wurden an arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen im Jahre 1912 1970 Mk. ausbezahlt. Unsere Kasse wurde mit 1060 Mk. belastet, währenddem durch die freiwilligen Sammlungen 910 Mk. zusammen kamen und somit für jedes arbeitslose Mitglied 10 Mk. als Unterstützung gewährt werden konnte. Invaliden waren 11 Kollegen, die ebenfalls mit 10 Mk. bedacht wurden. Kollege Gallonska wendete sich gegen die Wiedereinführung der Sittenstrafen. Der streikenden Kollegenschaft in Karlsruhe hatte der Ortsvorstand 100 Mk. zum Weihnachtsfest überwiesen, welches die Versammlung einstimmig sanktionierte. Ein Ausschlußantrag des Vorstandes gegen den Kollegen Paul Warmbt wurde, nachdem Kollege Gloth und Kollegin Teske diesen begründet, von der Versammlung einstimmig aufgegeben. Kollege Fuß teilte noch mit, daß Genosse Hebdakur Hansen in den Bildungsabenden mehrere Vorträge halten wird, näheres wird noch im „Mittelunabblatt“ bekannt gegeben. Bei der Neuwahl des Vorstandes gab Kollege Gloth bekannt, daß nur die Nichtangestellten zu wählen seien. Nach dem Ortsstatut

sind die Angestellten durch Urabstimmung zu wählen. Der Anstellungsvertrag macht aber die Wahl, die nur Kosten verursachen würde, überflüssig. Kollege Dehmel wendete sich in längeren Ausführungen gegen diese Ansicht des Vorsitzenden. Nachdem die Kollegen Baumgarten, Moritz und Gloth noch zu dieser Angelegenheit das Wort ergriffen, wurden die Wahlen nach dem Vorschlag des Vorsitzenden vorgenommen. Es sind demnach zu wählen ein stellvertretender Vorsitzender, fünf Schriftführer, ein stellvertretender Kassierer und ein Beisitzer. Bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden, welcher bisher vom Steindruckhilfspersonal gestellt wurde, entpamm sich eine längere Debatte. Kollege Fuß schiedte voraus, daß der stellvertretende Vorsitzende nicht unbedingt vom Steindruckpersonal sein müsse, sondern man solle darauf achten, eine tüchtige agitatorische Kraft hierfür zu bekommen. Kollege Laßus und alle nachfolgenden Redner äußerten sich dahin, diesen Posten wieder vom Steindruckpersonal zu besetzen. Darauf wurde Kollege Goldbeck mit großer Majorität gegen den ebenfalls vorgeschlagenen Kollegen Prinz gewählt. Die bisherigen Schriftführer Otto Reich, Franz Bergemann, Helene Kirbist, Elise Langer und Marie Müller wurden wiedergewählt, ebenso der Kollege Lobe als stellvertretender Kassierer und Kollege A. Hebele als Beisitzer. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende noch bekannt, daß am Sonntag, den 12. Januar, im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Feier des 50. Jahrmorgens stattfindet. Dann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen. (Eingeg. 22. 1.)

Mainz. Eine Versammlung der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nahm am Mittwoch, den 14. Januar, im „Gold-Pflug“ Stellung zur Buchbinderbewegung. Der Gauleiter des Buchbinderverbandes Metz aus Frankfurt legte die Ursachen des gegenwärtigen Lohnkampfes dar und konnte mit Hilfe umfangreichen statistischen Materials nachweisen, daß in Mainz sowohl in den Buchdruckereien wie Buchbinderien die schlechtesten Löhne bestanden für das Hilfspersonal wie für die Buchbinder im Vergleich zu den umliegenden Orten. Nicht leicht sei es der Arbeiterchaft geworden, das letzte Mittel, den Streik, anzuwenden, aber der Selbsterhaltungstrieb zwang die Buchbinderarbeiter dazu. Der Referent ersuchte die Eingetragenen und das übrige Buchdruckereihilfspersonal, Solidarität zu üben und keinerlei Streiarbeit zu verrichten. Kollege Kolb aus Frankfurt schloß sich in längeren Ausführungen dem Vorredner an. Der Vorsitzende, Kollege Müller, richtete an die Anwesenden dann noch einmal die dringende Aufforderung, doch ja nicht das Brandmal des Streikbruchs auf sich zu nehmen und schon aus dem Grunde die Solidarität zu wahren, weil eine Niederlage des Buchbinderpersonals gleichbedeutend sei mit einer Niederlage des Druckereihilfspersonals. Zum Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 14. Januar, im „Goldenen Pflug“ sehr zahlreich besuchte Versammlung der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von der gegenwärtigen Buchbinderbewegung. Die Versammelten erkennen die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderien entsprechend den Zeitverhältnissen als gerechtfertigt an und bedauern auf das lebhafteste, daß die in Betracht kommenden Unternehmer die Forderungen ablehnend beantwortet haben.

Die Versammelten erklären, ihren Berufskollegen und Kolleginnen in diesem Kampfe zur Seite stehen zu wollen, und verpflichten sich, strengste Solidarität zu üben, indem sie jede Arbeit zurückweisen, die als Streiarbeit zu betrachten ist.“ (Eingeg. 20. 1.)

Strasbourg i. E. Die Mitgliederversammlung am 11. Januar war nicht besonders gut besucht. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Vorstand den Karlsruher streikenden Kollegen und den ausgesperrten Tabakarbeitern je 10 Mk. zur Weihnachtsunterstützung überwiesen hat. Eine Sammelliste für einen erkrankten Kollegen ergab 37,45 Mk., wozu aus der Lotallasse noch 2,55 Mk. zugegeben wurden. Im Namen des Unterstützenden dankt der Vorsitzende allen, die sich an der Sammlung beteiligten. Die Abrechnung vom dritten Quartal 1912 wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Nachdem Kollege Kulin den Kartellbericht erstattete, wurde beschlossen, eine Anzahl nicht verkaufter Exemplare des Gewerkschaftsalmanach an neuertretende Mitglieder gratis zu verteilen. Mit der

Aufforderung, die Jahresversammlung sowie das am 18. Januar stattfindende 18. Stiftungsfest zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Eingeg. 17. 1.)

Wiesbaden. Am Montag, den 13. Januar, fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Der Lohnkampf der Mainzer Buchbinder und Buchbinderhilfsarbeiterinnen und unsere Stellung hierzu. 3. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen und wie können wir dieselben bessern. Der Besuch der Versammlung war zufriedenstellend. Kollege Müller-Mainz besprach zum ersten Punkt die Differenzen bei der Firma Altschaffner. Er kritisierte das Verhalten der Kollegenschaft, die bei solchen Anlässen gleich den Kopf verliere, alles unterschreibe, was man von ihr verlange und sich in Widerspruch mit ihren Interessen setze. Die Erklärung, man habe die schriftliche Zustimmung zu der famosen Arbeitszeit nur gegeben, um Ruhe zu haben, ist nicht geeignet, sich bei den Arbeitgebern in Achtung zu setzen. Auch die Annahme von verschiedenen Seiten, die Entlassungen bei der Firma Altschaffner seien wegen Zugehörigkeit zum Verband vorgenommen worden, scheint nicht richtig zu sein, denn Herr Altschaffner hat sich in einem Schreiben an die Organisationsleitung auf das entschiedenste hiergegen verwahrt, und nach unseren Beobachtungen liegt kein Grund vor, an seinen Bepauptungen zu zweifeln. Es wäre zu wünschen, daß sich unsere Kollegen in Wiesbaden etwas besserer Disziplin befleißigen, die Versammlungen besuchen, sich Auffklärung verschaffen, damit wir in die Lage kommen, unsere Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Im zweiten und dritten Punkt gab Kollege Müller einen Situationsbericht von der Buchbinderbewegung in Mainz, deren Einzelergebnisse er trefflich schilderte, wobei er gleichzeitig auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Wiesbadener Kollegenschaft in Vergleich zog. Er sprach die Hoffnung aus, daß auf die Verordnungen der Mainzer Prinzipale hin kein Hilfsarbeiter oder Arbeiterin hereinfallen, um in Mainz Streikbrecherdienste zu leisten. Zum Schluß wurde noch angeregt, in den nächsten Wochen eine gefällige Veranstaltung, eventuell mit der Organisation der Buchbinder, zu arrangieren, was allgemeinen Beifall fand. (Eingeg. 20. 1.)

Rundschau.

Zum Geschworenen ausgelost wurde in Karlsruhe für die erste Schwurgerichtsperiode der Kassierer unserer dortigen Zahlstelle, Kollege Emil Hemberger.

Eine empfindliche Strafe für seine groben Veruntreuungen hat der frühere Kassierer unserer Zahlstelle in Magdeburg, Albrecht Bed, erhalten. Er unterschlug seit April 1912 die Summe von 149,65 Mk. und versuchte den Betrag dadurch zu verdecken, daß er Quittungen über geleistete Zahlungen falschte. Außerdem verkaufte er den Mitgliedern schon gebrauchte Beitragsmarken, die er aus alten Mitgliedsbüchern abgelöst hatte. Vor Gericht leugnete er erst die Urkundenfälschung, bis er sich schließlich doch nach ernstlicher Ermahnung des Richters und durch die Zeugenaussagen gezwungen zu einem Geständnis bequeme. Er gab zuletzt auch zu, noch weitere 54,85 Mk. nachweislich gefälschter Quittungen unterschlagen zu haben. Das Gericht verurteilte ihn am 16. Januar mit Rücksicht auf den großen Vertrauensbruch zu vier Monaten Gefängnis.

Der Angerhaltungsverband hat mit Jahreseschluß seinen Uebertritt zu dem Verbands der Handlungsgeschäfts vollzogen. Sein Organ erscheint ab 1. Januar im Verlage des Handlungsgeschäftsverbandes unter dem Titel „Der Fiktalleiter“. Der Verband hat seinen Sitz in Berlin.

Der Anschluß des Schiffszimmererverbandes an einen der bestehenden größeren Verbände war Gegenstand der Beratung einer Konferenz, an der die Vorstände der Schiffszimmerer, Metallarbeiter und Holzarbeiter teilnahmen. Eine Generalversammlung des Schiffszimmererverbandes hatte seinerzeit den Vorstand beauftragt, mit den Metallarbeitern und Holzarbeitern Rücksprache zu nehmen. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß nach Lage der Dinge nur der geschlossene Anschluß der Schiffszimmerer an den Holzarbeiterverband zu empfehlen ist, weil die meisten seiner Mitglieder in Holz arbeiten und weil aus taktischen Gründen eine Spaltung der Schiffszimmerer in Holz- und Metallarbeiter nicht erwünscht ist. Die Generalversammlung der Schiffszimmerer

güte zu bilden; er erhält gleich die fertigen Antitoxine. Das beste Beispiel für den Erfolg der passiven Immunisierung wird durch das Diphtheriehefserum Behring's geliefert. Es wird in der Weise gewonnen, daß für Diphtherieempfindliche Tiere mit abgeschwächten Diphtheriebazillen in geringer Dosis infiziert werden. Im Tierkörper findet nunmehr eine aktive Immunisierung statt; er bildet, um der Krankheit Herr zu werden, Antitoxine. Die Probeur wird in geeigneten Abständen bei demselben Versuchstier mehrere Male wiederholt, bis das Blut des Tieres eine sehr reichliche Menge selbstgebildeter Antitoxine enthält. Das Blutserum des so aktiv immunisierten Tieres wird nun dem diphtheriekranken Menschen eingespritzt und hat meist ganz ausgezeichnete Resultate, indem die reichlich darin enthaltenen Antitoxine die Diphtheriegifte neutralisieren. Freilich sind die Erfolge der Diphtheriebehandlung mit Heffserum lange nicht so durchschlagend wie die der Podenimpfung. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß die Podenschußimpfung eine prophylaktische Maßnahme darstellt, also zur Verhütung der Krankheit vor ihrem eigentlichen Ausbruch vorgenommen wird, während die passive Immunisierung gegen Diphtherie erst dann einsetzt, wenn die feindlichen Diphtheriebazillen schon im Körper sind. Eine Schutzimpfung gegen Diphtherie nach dem Muster der Podenschußimpfung hat sich bisher nicht durchführen lassen.

zimmerer, die am 18. Mai stattfindet, wird noch die vereinbarten Uebertrittsbedingungen zu befrägen haben.

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter hielt vom 28. bis 31. Dezember 1912 seinen Verbandstag in Berlin ab. Der Verband hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens (seit Februar 1909) gut entwickelt. Er zählte Ende 1909 4961, am Schluß des dritten Quartals 1912 aber schon 17237 Mitglieder. Die Einnahmen während der Geschäftsperiode betragen an Eintrittsgeldern und Beiträgen 167 846 M. Unter den Ausgaben befinden sich 17 617 M. für Krankenunterstützung, 4434 M. Gemahregelnenunterstützung und 10 208 M. für Rechtschutz. Ueber die Rechtschutzfähigkeit des Verbandes und die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter referierten Redakteur Fraas und Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld. Bei der Statutenberatung wurde beschlossen, den Namen des Verbandes in „Deutscher Landarbeiterverband“ abzuändern. Die Beitragssätze 30 Pf. pro Monat wurde auf 40 Pf. erhöht. Die Beiträge betragen jetzt 40, 60 und 80 Pf. pro Monat. Die Errichtung einer höheren Beitragssätze ist in Aussicht genommen. Der bisherige Vorstand ist einstimmig wiedergewählt worden.

Was die christlichen Führer ihren Mitgliedern zu bieten wagen, zeigt der Verlauf der „Bewegung“ der Bergleute im Saar-Revier. Dort beschloß im Dezember die Konferenz der Vertrauensleute wegen der ungläublich traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den feststehenden Kohlengruben, die durch eine neue Arbeitsordnung noch verschlechtert werden sollten, am 2. Januar nach erfolgter Kündigung in den Ausstand zu treten. Die freie Gewerkschaft der Bergarbeiter schloß sich diesem Vorhaben an, obgleich ihre Mitglieder und Vertreter zu den Verhandlungen nicht hinzugezogen, sogar aus den Versammlungen, in denen ihnen das Wort verweigert wurde, hinausgewiesen worden waren. Die in den drei katholischen Fachabteilungen organisierten Bergleute erklärten von vornherein, sich an dem Streik nicht zu beteiligen und weiterzuarbeiten.

In der freien Gewerkschaftspresse wurden sofort Zweifel laut, daß es den Christlichen Ernst mit der geplanten Bewegung sei. Demgegenüber taten die christlichen Führer sehr beleidigt und erklärten noch am 26. Dezember, daß der Ausstand auf keinen Fall zu vermeiden sei. Aber es kam anders. Trozdem eine Konferenz der Christlichen mit dem preussischen Handelsminister zu keinem Resultat führte, wurde von den Leitern einer Revierkonferenz am 29. Dezember bekannt gegeben, daß die Verbandsleitung die Zustimmung zu einem Streik nicht mehr geben könne, da alles, was einen Streik rechtfertige, befohlen sei. Das Vorhaben der christlichen Gewerksvereine, über das die Delegierten ungeheuer empört waren und das noch weitere ernste Folgen haben dürfte, entpuppte sich also als eine Komödie.

Ein „Sozialistisches Wochenblatt“ gibt Ludwig Rerhäuser, der frühere Redakteur des „Korrespondent“, der nach langen Irrfahrten wieder in Leipzig gelandet ist, heraus. Er nennt das Blatt ein unabhängiges Organ für Sozialismus, Gewerkschaftsbewegung und öffentliches Leben und will es „zur Befestigung geistigen Lebens und sachlichen Meinungsaustausches, zu einem Echo in all den bewegenden Fragen machen“. Der Voratz ist gut, seine Ausführung allerdings recht schwer. Die erste Nummer des neuen Jahrgangs gibt viel des Interessanten und bietet eine anregende Lektüre. Eine belletristische Beilage mit Illustrationen, redigiert von dem Leipziger Poeten Arthur Werner, ist dem Blatte beigegeben und soll vorläufig einmal in jedem Monat erscheinen. Auch hier Inhalt befriedigt. Ein Abonnement auf das „Sozialistische Wochenblatt“ (vierteljährlich 1 M.) kann unseren besten geistlichen Mitgliedern daher empfohlen werden.

Krankenkassenverbände und Leipziger Ärzteverband. Der Vorstand des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen bittet uns um Veröffentlichung folgender Erklärung:

Die Krankenkassen-Zentralverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Versicherten vertreten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigen und in der Arztfrage in allen Punkten völlig einig gehen, haben bereits bei früherer Gelegenheit kundgegeben, daß sie den dringenden Wunsch hegen, mit den Ärzten in Frieden zu leben und eine Verständigung auf allgemeiner Grundlage herbeizuführen. Nachdem die vom Reichsamt des Innern in dankenswerter Weise eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen den Verbänden der Krankenkassen und

der Ärzte vorläufig gescheitert sind, halten es die Krankenkassenverbände für geboten, vor der Öffentlichkeit folgendes festzusetzen:

1. Die Krankenkassenverbände waren bereit, an den Einigungsverhandlungen teilzunehmen auf der Grundlage, die in der Einladung des Herrn Staatssekretärs Dr. Delbrück zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern am 13. November 1912 gegeben war. Die Krankenkassen hatten sich hierzu unter Zurückstellung schwerer Bedenken entschlossen und obwohl sie nach ihrer aufrichtigen Ueberzeugung durch die Fassung des Entwurfs der Vereinbarung bei den Verhandlungen von vornherein in eine unangünstige Stellung gebracht waren. Demgegenüber ist der Leipziger Ärzteverband trotz wiederholter Vorstellungen der Reichsregierung dabei verblieben, daß er Vertreter zu den Einigungsverhandlungen nur dann entsenden werde, wenn die Teilnahme der Ärzte daran auf die Rechte seiner Richtung beschränkt werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, sich von dem Leipziger Verband in dieser Beziehung Vorschriften machen zu lassen, und erklärt, daß der Leipziger Verband das Zustandekommen einer Konferenz verhindern will und somit die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuchs der Regierung trägt.

2. Die gesamten Krankenkassen-Zentralverbände sprechen sich weiter einmütig aus gegen Sonderverhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärztekreisen für einzelne Bundesstaaten, weil nach ihrer Ansicht auf diese Weise der herbeigesehnte Friede in vollem Umfange nicht zu erreichen ist. Keine der beiden Parteien würde bei solchen Einzelverhandlungen mit vollkommener Freiheit vorgehen können, weil sie sich durch Rücksichten auf die Gesamtlage gebunden fühlen würde. Einigungsverhandlungen können nur dann Zweck haben, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschehen.

3. Der Leipziger Ärzteverband steht den Krankenkassen kampfbereit gegenüber; er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angeammelt, er hat örtliche Ärztevereinigungen geschaffen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein noch Verträge schließen mit den Krankenkassen und den anderen Körperschaften, welche auf die Ärzte angewiesen sind. Nach dem Willen des Leipziger Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Ärzte überhaupt keine Verträge unterzeichnen. Den Krankenkassen ist es in Bahmung ihrer wichtigsten Interessen und ihres Bestandes unmöglich, die zur Genüge bekannten Forderungen des Leipziger Verbandes zu erfüllen. Bei dieser Sachlage und bei der drohenden Kampfesstellung des Leipziger Verbandes müssen die Krankenkassen erwarten, daß entweder ihnen die ärztliche Hilfe, nötigenfalls durch beamtete Ärzte, sicher gestellt wird, oder daß sie in Streitfällen von der Gewährung der ärztlichen Behandlung entbunden und alsbald ermächtigt werden, an deren Stelle die im Gesetz vorgesehene Geldleistung zu geben.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden. Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen. Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Röhl. Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin. Verband deutscher Zinningskrankenkassen, Hannover. Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.

Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale. Frankreich. Welche Rolle die weibliche Arbeitskraft im Buchdruckgewerbe spielt, scheint auch aus einer täglichen Bekanntmachung des Streikausschusses der Pariser Buchdrucker hervorzugehen. Darin wird besonders auf § 24 des Reglements hingewiesen, wonach jedes Mitglied ausgeschlossen wird, „dessen Frau oder Gefährtin als Seherin in einem betriebligen Betriebe arbeitet“. Da die Zahl der bewilligten Betriebe größer als erwartet ist, hat die Gewerkschaft die beschlossene Lohnprozentsteuer auf alle Löhne seit Beginn des Streiks auf 5 Prozent ermäßigen können. — Die Agitation der Gewerkschaften für den freien Sonnabendnachmittag hat, soweit die Textilindustrie in Frage kommt, an der Ueberproduktion einen Förderer gefunden. Einige große Fabriken in Lyon führten sie kürzlich ein und empfahlen jetzt ihren Kollegen das gleiche, um die Produktion einzuschränken und die Verkaufspreise auf der alten Höhe zu halten. — Das Arbeitsministerium hat festgestellt, daß die Gesamtzahl der Arbeiterinnen in Frankreich rund 4 150 000 beträgt, die sich wie folgt verteilen: Landwirtschaft 949 000, Industrie und Beförderungswesen nach den Kategorien: Angestellte außerhalb des Hauses 48 000, Arbeiterinnen 1 337 000, Hausarbeiterinnen 540 000, Handel.

freie Berufsarten nach den Kategorien: Angestellte 296 000, Arbeiterinnen 208 000, Dienstboten 772 000. Der Prozentsatz der erwerbstätigen Frauen ist in Frankreich größer wie in jedem anderen Lande.

Portugal. Im letzten Jahre nahmen die Gewerkschaften um 7000 Mitglieder zu. Jetzt zählen sie über 60 000 Mitglieder. — Die Buchdrucker, die 95 Prozent ihrer Berufskollegen organisiert haben, kündigten den seit sechs Jahren bestehenden Tarifvertrag. Derselbe läuft Ende März d. J. ab.

Oesterreich. Auch in Oesterreich scheint jetzt der Kampf zwischen „christlichen“ und „katholischen“ Gewerkschaften loszubrechen. Die „Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung“, das Hauptorgan der christlichen Gewerkschaften, bringt nämlich einen geharnischten Artikel gegen „die Berliner, die Wien“, gegen jene Elemente, „welche mit allen Mitteln dahin streben, den elckhaften, den Katholiken vor aller Welt zur Schande und zum Schaden gereichenden Kampf der Berliner in Oesterreich einzubürgern“. — „Die Gewerkschaft“, das Zentralorgan der österreichischen Gewerkschaften, erscheint seit Beginn dieses Jahres wöchentlich in deutscher und alle vierzehn Tage in tschechischer Sprache. Eine polnische Ausgabe ist im Prinzip ebenfalls beschlossen, wie auch ein größerer Ausbau der Gewerkschaftszentrale.

Rußland. In den russischen Ostseeprovinzen wurden 1300 Bucharbeiter ausgesperrt. Die Behörde löste darauf den Verein der Schifften auf. Sperrte die Leiter ein, verurteilte 10 Schifften, weil sie Fragebogen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verteilt hatten (!), zu je 10 Monaten Gefängnis, wies viele Streikende aus und tat auch sonst alles, den Beschluß der Unternehmer, „die Bande auszuhungern“, durchzuführen zu helfen. Nach den letzten Nachrichten haben die Schifften trotzdem schon in etwa der Hälfte der Betriebe gesiegt und den Neunfundentag und andere Reformen erzwungen.

Vereinigte Staaten. In Washington setzten die Seher einen Wochenlohn von 28 Dollar bei täglich siebenstündiger Arbeitszeit durch.

Eingegangene Druckschriften.

„Das Volkshaus wie es sein sollte“ lautet ein kleines Broschürchen, das Abgeordneter Reus-Deffau in seinem Verlage des Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes (F. Michaelis, Berlin S.O., Engel-Platz 19, hat erscheinen lassen. Angesichts der sichtlich vorwärts marschierenden Volkshausentwicklung, aber auch der vielen schweren Fehler, die bei der Begründung und Verwaltung von Volkshäusern noch vielfach gemacht werden, die dann auch sehr allgemeinschädliche Zusammenbrüche zur Folge haben, ist es verdientvoll, in gedrängter Kürze die Grundzüge zu entwickeln, die eine erfolgreiche Entwicklung der Volkshäuser allein garantieren können. Genosse Reus entwickelt in seinem Schriftchen einen solchen Idealbegriff von Volkshaus, daß jeder den Wunsch haben muß, daß wir solche Volkshäuser recht bald in jedem Ort hätten. So sagt er: „Das Volkshaus der Zukunft soll das schönste Haus der Stadt sein. Es muß schöner sein als die Kirchen der Vergangenheit. . . In seinem äußeren Aufbau sei es so prachtvoll, wie seine hohe Bestimmung es verlangt. Seine Säle seien ein Muster von Solidität und Eleganz! Jedes Bild, das seine Wand schmückt, sei ein schönes Kunstwerk! usw.“

Das Schriftchen, das nur 10 Pf. kostet, ist übrigens in zwei Sprachen geschrieben. Auf dem oberen Teile der Seite läuft der deutsche Text, auf dem unteren der Neo-Deutsch-Text. Der Umschlag enthält den Deutsch-Schüssel.

Adressenveränderungen.

Brandenburg a. S. Vorjehende: Martha Engel, Aktiast. Markt 18. Kassiererin: Anna Ribbe, Aktiast. Fischerstraße 32.

Abrechnungen.

Das vierte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Augsburg 276.57, Berlin 19 449.40, Cassel 224.83, Chemnitz 240.75, Düsseldorf 80.40, Frankfurt a. M. 21.03, Hildesheim 28.03, Köln a. Rh. 27.44, Lüdenscheid 60.—, Raumburg 58.85, Rottweil 24.60, Nordhausen 33.80, Osnabrück 49.—, Schwerin 64.40, Zittau 84.90 M.

S. S o d a h l.

